

rbb-Wahlberichterstattung vorab 2024

Antworten der Wählergruppe DIE aNDERE / 13.05.2024

Frage 1 — Was wollen Sie in der kommenden Legislaturperiode für die Stadt Potsdam unbedingt umsetzen?

Wir wollen die Umstellung der Energie- und Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien so umsetzen, dass die Kosten so wenig wie möglich auf die Mieter*innen der Pro Potsdam und die Endverbraucher abgewälzt werden. Außerdem braucht es einen Mietendeckel im städtischen Wohnungsbestand. Außerdem braucht es ein kostenloses Schüler*innenticket als ersten Schritt zum Nulltarif für alle im ÖPNV.

Frage 2 — Laut den Prognosen wird Potsdam weiter wachsen. Wie will Ihre Partei die daraus entstehenden Probleme lösen?

Potsdam darf nicht schneller wachsen als die erforderliche Infrastruktur. Bei der Verdichtung der Stadtteile sehen wir kaum noch Potential. Den Bau neuer Wohngebiete wollen wir nur unterstützen, wenn die Grünverluste im Stadtgebiet ausgeglichen werden können.

Frage 2a — Was benötigt das Bildungssystem in Potsdam?

Grundsätzlich ist das Bildungssystem Ländersache. Die Kommunen tragen durch die Ausstattung der Gebäude für ein zeitgemäßes Lernen bei.

Wir setzen uns für folgende Punkte ein:

- Bei Schulneubauten mehr städtische Mittel für Raumausstattung bereitstellen: Keine Schule ohne Schulküche, wettkampftauglichen Sportplatz und Räume für Frühstück, Abendveranstaltungen und zusätzliche förderpädagogische, integrative und inklusive Angebote
- Mehr Mitsprache der Nutzer*innen bei Neubau und Sanierung von Schulen
- Mehr städtische Mittel für Sanierung, Verschönerung und Ausstattung von Schulen und deren Sporthallen bereitstellen
- Förderlehrkräfte aus der Vertretungsmühle nehmen
- Schulbegleitungen für besondere Kinder unbürokratisch organisieren
- Schulsozialarbeit als schulunabhängiges Angebot der Jugendhilfe an allen Schulen ausbauen
- An allen Schulen kostenloses Schulessen anbieten, sodass Kinder in der Lage sind, den Unterrichtsabläufen vollständig zu folgen
- Hilfen zur Erziehung nach § 35 a SGB VIII schnell und unbürokratisch bewilligen, wenn von zuständigen Ärzt*innen die Notwendigkeit der Hilfsmaßnahmen attestiert wird
- Sport- und Freizeitangebote für Schüler in der unterrichtsfreien Zeit

Darüber hinaus möchten wir, dass die Schulen zu Orten des Dialogs nicht nur zwischen Lehrkräften und Kindern/Jugendlichen werden, sondern auch zwischen Lehrkräften und Eltern bzw. Großeltern. Nur so können die verschiedenen Sichtweisen, aber auch die Zwänge, in denen sowohl das Lehr- und Betreuungspersonal als auch die Erziehungsberechtigten stecken, verständlich und damit tolerierbar oder sogar akzeptierbar werden.

Vorstellbar wäre, dass die Mensen und Aulen häufiger für Stadtteilversammlungen, Konzerte oder Bürgerabende nutzbar werden. Schulische Sport- und Musikräume könnten am Nachmittag der Allgemeinheit zur kontrollierten Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Bei Neubauten sind diese Nutzungen mit zu planen.

Frage 2b — Wie soll die klinische Versorgung verbessert bzw. sichergestellt werden?

Zur Sicherstellung einer guten medizinischen Versorgung ist in allererster Linie fachkundiges und motiviertes Personal erforderlich. DIE aNDERE setzt sich seit vielen Jahren für bessere Arbeitsbedingungen (mehr Personal) und eine faire Bezahlung im Klinikum ein. Während wir die Rückkehr in den TVöD inzwischen für Teile der Klinikgruppe durchsetzen konnten, besteht dringender Handlungsbedarf bei der Erhöhung der Personalstärken und beschäftigtenfreundlichen Dienst- und Schichtplänen.

Soll das Klinikum Ernst von Bergmann an seinem Ort zentral in der Stadt bleiben oder umziehen — z. B. nach Krampnitz?

DIE aNDERE ist für den Erhalt des Städtischen Klinikums in der Innenstadt und dessen Ausrichtung an den Gesundheitsfragen der Menschen — und nicht an Gewinnen.

Frage 2c — Wie wollen Sie bezahlbaren Wohnraum schaffen?

Die aNDERE fordert seit vielen Jahren, den Verkauf von Wohnimmobilien, insbesondere aus dem Bestand der ProPotsdam, sofort einzustellen.

Der kommunale Wohnungsbestand muss im gesamten Stadtgebiet gewährleistet werden. Dabei kann auch die Enteignung von Spekulanten, die Immobilien leer stehen lassen, dazu beitragen, dass die Stadt über mehr Wohnraum verfügt und ihn günstig vermieten kann.

Ein weiteres Thema des neuen wohnungspolitischen Konzeptes ist die Verhinderung von Fehlbelegung in den Bestandswohnungen und die Schaffung von Anreizen für Umzugsketten, die große Bestandswohnungen für neue Interessent*innen frei werden lassen. Die aNDERE fordert die Möglichkeit eines Wohnungstauschs innerhalb städtischer und genossenschaftlicher Wohnungsgesellschaften ohne Neuvermietungszuschlag.

Die größte Herausforderung im Kontext des 2024 gemeinsam neu erarbeiteten Konzeptes wird es sein, die stärksten Akteure, wie die ProPotsdam und die Stadt, immer wieder an die Vorgaben des Konzeptes zu erinnern und Abweichungen öffentlich zu machen. Dafür wird sich DIE aNDERE auch ab 2024 wieder stark machen!

Auch im städtischen Wohnungsbestand werden Mieterhöhungen regelmäßig nur damit begründet, dass die ProPotsdam eine Angleichung an die ortsübliche Vergleichsmiete gemäß Mietspiegel vornimmt. Diese Mieterhöhungen führen zu einem Ansteigen des ortsüblichen Mietniveaus und haben dadurch weitere Mieterhöhungen zur Folge — eine Spirale nach oben, bei der finanziell schwächere Bürger*innen auf der Strecke bleiben.

Die automatische Anpassung der Mieten an den ständig steigenden Mietspiegel lehnen wir ab. Eine Mieterhöhung soll nicht nur deshalb vorgenommen werden, weil sie gesetzlich zulässig ist. Gerade die ProPotsdam hat eine soziale Funktion, die sich nicht am rechtlich Möglichen, sondern an der Verantwortung gegenüber ihren Mieter*innen orientieren muss.

Bei eigenen Neubauvorhaben muss die ProPotsdam sich angesichts der erheblich gestiegenen Baukosten auf die Schaffung günstiger Mietwohnungen für Inhaber*innen von Wohnberechtigungsscheinen beschränken, um jenen Bevölkerungsgruppen ein Angebot zu machen, die über geringe oder durchschnittliche Einkommen verfügen.

Derzeit setzt die ProPotsdam anhand ihrer Unternehmensziele nur den Anreiz, irgendwelchen Neubau zu errichten. Die Bezahlbarkeit spielt dabei keine Rolle. Eine Überarbeitung dieser Unternehmensziele (und der daran gekoppelten Prämien) ist dringend geboten.

DIE aNDERE setzt sich dafür ein, kommunalen Neubau nur im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus zu realisieren.

- Keine Verkäufe von städtischen Wohngebäuden und Grundstücken
- Erweiterung des kommunalen Wohnungsbestandes
- Bodenspekulation mit der Umwandlung von Wald und Grünflächen in Bauland stoppen
- Holzbaumemorandum umsetzen
- Baulandmodell für die verbindliche Schaffung von sozialem Wohnraum einsetzen
- Soziale Erhaltungssatzung in weiteren Stadtteilen einführen, die von starker Verdrängung und Veränderung betroffen sind
- Ankauf von Bodenfläche u. a. auch für kommunale Infrastruktur
- Erbbaupachten, die für Wohngemeinschaften und soziale Projekte finanziell möglich sind

In Bezug auf die ProPotsdam fordert DIE aNDERE:

- Keine Mieterhöhung ohne Investition in die Wohnung
- Neuvermietungszuschläge abschaffen
- Keine Kapazitäten der ProPotsdam für den Umbau der Innenstadt anhand des antiquierten Leitbautenkonzeptes
- Unternehmensziele und Geschäftsführergehälter nach sozialen und ökologischen Kriterien ausrichten
- Schaffung von Mieter*innenräten und Beteiligung und Mitbestimmung der Mieter*innen bei z. B. Hof- und Gartengestaltung
- Keine Vorratssanierungen am aktuellen Bedarf vorbei
- Mitentscheidungen der Mieter*innen über den Standard bei Modernisierung und Sanierung

Frage 2d — Wie geht es mit Ihrer Partei mit dem Verkehr in Potsdam weiter?

Unser Ziel ist es, jedem eine sichere Mobilität zu ermöglichen und gleichzeitig die negativen Auswirkungen wie Unfallrisiken, Lärm, Abgase und Folgeerkrankungen zu verringern. Die Stadt Potsdam hat beim ÖPNV mit dem Ausbau von Strecken und Fahrzeugen einen guten Weg eingeschlagen. Die Umsetzung werden wir unterstützen und kontrollieren. Gleichzeitig setzen wir uns für ein ganzheitliches Konzept zur Förderung des ÖPNV, des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs ein. Der Umstieg vom Auto zur umweltfreundlichen Mobilität muss so leicht wie möglich gemacht werden. Der Verkehrsraum muss neu aufgeteilt werden.

● *Massiver Ausbau des ÖPNV*

Den Ausbau und die Verdichtung des öffentlichen Personennahverkehrs sehen wir als die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahrzehnte. Die Entwicklung der Bahnhöfe Golm und Marquardt als attraktive Umstiegsorte zwischen Bus und Bahn hat für uns eine zentrale Bedeutung für die gesamtstädtische Verkehrsentwicklung. Das Straßenbahnnetz muss insbesondere im Potsdamer Norden zügig ausgebaut werden. Vor allem das Angebot in den Nacht- und Abendstunden ist zu erweitern. Busse und Straßenbahnen sollten im Straßenverkehr Vorrechte durch eigene Fahrbahnen und Vorrang bei Ampelschaltungen genießen. Das Taxi füllt Lücken im ÖPNV und sollte daher dessen Vorrechte (z. B. Mitnutzung von Busspuren) erhalten. Die Engstelle am Nauener Tor muss beseitigt werden.

● *Nulltarif mit Bus, Tram und Bahn*

DIE aNDERE hat bereits vor zehn Jahren ein fundiertes Konzept zur Einführung des Nulltarifes in Bussen und Trams vorgelegt, das wir schrittweise umsetzen wollen. Da der Potsdamer ÖPNV mit dem kommunenübergreifenden Verkehrsverbund VBB verzahnt ist, sind das Land Brandenburg und der Bund gefragt, um rechtlich wie finanziell die Rahmenbedingungen zu schaffen. Die rot-grün-schwarze Landesregierung hat dabei erhebliche Reserven und bleibt hinter den Aktivitäten anderer Bundesländer beim ÖPNV weit zurück.

Das Deutschlandticket ist für Ballungsräume ein erster Schritt in die richtige Richtung. Seine Finanzierung ist aber nicht gesichert. Nur die Senkung der Ticketkosten bis hin zum Nulltarif und der Ausbau des Angebotes können die Fahrgastzahlen erheblich steigern. Andere Städte wie Hasselt, Wien und Tallinn haben das erfolgreich gezeigt. Dabei ist die Qualität des ÖPNV nicht zu vernachlässigen. Die Einführung des Nulltarifs kann nur mit einer Verbesserung des ÖPNV-Angebots als gesamtgesellschaftliche Aufgabe einhergehen.

● *Radverkehr ausbauen und sicherer machen*

Um auf stadtverträgliche Weise die Ziele im Umwelt- und Klimaschutz zu erreichen, muss das Ziel sein, möglichst viele Menschen auf das Fahrrad zu bekommen. Neben attraktiver individueller Mobilität leben Radfahrende deutlich gesünder und länger. Daher ist ein zügiger Netzausbau eine wichtige Komponente für eine menschenfreundliche Stadt.

Die momentan geplanten Radschnellwege nach Teltow/Stahnsdorf/Kleinmachnow und in den Potsdamer Norden sind dazu ein wichtiger Baustein — ebenso die geplante Radvorrangroute Richtung Werder. Aber auch Grüne Wellen für Radfahrer*innen und ausreichend Stellplätze sorgen für eine attraktive Mobilität. Der Belag von Radwegen sollte zeitgemäß und für andere Verkehrsteilnehmer*innen gut wahrnehmbar sein. Wir befürworten eine höhere Anzahl echter Fahrradstraßen. Dort, wo passende Bedingungen bestehen, sind baulich getrennte Radwege sowie exklusive Bereiche für Fußgänger*innen zu schaffen.

Wenn es gelingt, Radfahren zu einem dauerhaft schonen Erlebnis zu machen und die Menschen Spaß beim Zurücklegen der Wege in der Stadt haben, wird die Lebensqualität der Menschen spürbar steigen. Mehr Platz für Radfahrer*innen ist weiterhin dringend notwendig. Auch zum Schutze des Fußverkehrs.

● *30 km/h, Verkehrsberuhigungen und autofreie Bereiche*

Eine nachhaltige Verkehrspolitik ist aber nicht denkbar, ohne Maßnahmen zu treffen, die den Vorrang des Autos in der Stadt gegenüber der umweltfreundlichen Mobilität abschaffen. Das Konzept der „autogerechten“ Stadt mit breiten und lauten Straßen gehört der Vergangenheit an.

Wir wollen, dass die Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Stadt an erster Stelle steht. Auf möglichst vielen Straßen möchten wir das Tempolimit von 30 km/h einführen und folgen damit den vernünftigen Argumenten des VCD (Verkehrsclub Deutschland).

DIE aNDERE fordert langfristig eine weitgehend autofreie Innenstadt. Für Spiel- und Begegnungsstraßen in allen Stadtteilen sollen Durchfahrbeschränkungen umgesetzt werden. Das ermöglicht eine neue Gestaltung von Straßenräumen und deren Rückeroberung für das öffentliche Leben. Als dringende Maßnahme sehen wir die Verkehrsberuhigung in der vom Ausweichverkehr geplagten Geschwister-Scholl-Straße an. Diese Straße wollen wir nur noch für Anlieger*innen und ÖPNV öffnen.

Wir wollen in allen Stadtteilen Bereiche schaffen, in denen der Fußverkehr Vorrang hat. Dazu wollen wir Fußgängerzonen ausweisen, in denen Parkplätze abgebaut werden, der Lieferverkehr zeitlich begrenzt ist und Sitzmöglichkeiten in begrünten Bereichen und ohne Konsumzwang geschaffen werden. Als weiteres Pilotprojekt soll das gesamte Holländische Viertel als Fußgängerzone ausgewiesen werden.

WIR FORDERN:

- die komplette Umsetzung des neuen Brandenburger Mobilitätsgesetzes u. a. mit Umstellung des Potsdamer ÖPNV-Angebots von der bedarfs- zur angebotsorientierten Planung und
- Vision Zero in der Verkehrssicherheit.

Frage 3a — Potsdam droht im kommenden Jahr ein Haushaltsdefizit in Höhe von etwa 65 Millionen Euro. Was muss sich Potsdam dennoch leisten?

In einer wachsenden Stadt darf nicht an der erforderlichen Infrastruktur gespart werden. Außerdem lehnen wir Kürzungen bei sogenannten freiwilligen Leistungen, wie in den Bereichen Jugend, Sozialem und Kultur, ab.

Frage 3b — Wie wollen Sie die Finanzprobleme der Stadt lösen?

Die Stadt hat erhebliche Einsparpotentiale bei unnötigen Prestige- und Repräsentationsprojekten, sowie Machbarkeitsstudien. Höhere Einnahmen könnten bei der Parkraumbewirtschaftung, der Grundsteuer und der Umsetzung der Baumschutzverordnung erzielt werden.

Frage 4a — Die Potsdamer Parklandschaft — öffentlich wie privat — droht dem Klimawandel zum Opfer zu fallen. Wie sollen die Parks gerettet werden?

Wir unterstützen die Pflege der kommunalen Parks, wie dem Volkspark und der Freundschaftsinsel. Finanzielle Mittel, die die LHP bisher an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten zahlt, werden dringend für den eigenen kommunalen Grünbestand benötigt. Ersatzpflanzungen sollten bewusst nachhaltig, auch mit resilienten Gehölzen erfolgen, die auch eine längere Durststrecke aushalten können.

Die stiftungseigenen Parks sollten finanziell nur noch vom Land und Bund unterstützt werden, da die finanzielle Herausforderung mit 800.000 €/Jahr für die Kommune zu groß wird. Langfristig müssen sich auch die Parks dem Klimawandel anpassen und ggf. die Bepflanzungen umdenken und umrüsten.

Frage 4b — Wie soll Potsdam klimaresilient werden?

Die Stadt muss zielstrebig auf Hitzesommer und Trockenperioden vorbereitet werden. Dazu ist es wichtig, die städtischen Grün- und Waldflächen zu erhalten. Innerstädtische Plätze wollen wir entsiegeln und begrünen. Beim Neubau von Straßen müssen zusätzliche Bäume gepflanzt werden. Niederschlagswasser sollte unbedingt in der Stadt gehalten werden. Dazu ist es wichtig, Flächen zu entsiegeln, Zisternen zu bauen und die Versickerung zu fördern.

Frage 5 — Wie stehen Sie zur sogenannten „Brandmauer gegen die AfD“? Und für die AfD: was halten Sie davon?

DIE aNDERE lehnt jede Zusammenarbeit mit der rassistischen und demokratiefeindlichen AfD ab. Eine Partei, deren Weltbild von der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit von Menschen ausgeht, ist eine Gefahr für Demokratie und Menschenrechte. Als solche benennen und bekämpfen wir die AfD. Aber wir lehnen es auch ab, der AfD gegenüber inhaltliche Zugeständnisse zu machen und populistische Maßnahmen, die kein Problem lösen (z.B. Bezahlkarte für Geflüchtete, Grenzkontrollen und Abschiebeoffensiven) zu fordern — wie das bundesweit Politiker*innen der großen Parteien tun.



Wählergruppe DIE aNDERE
c/o Jan Wendt, Dortustraße 1
14467 Potsdam

[die-andere.org](https://www.die-andere.org)

kontakt@die-andere.org

Folgen Sie uns im Netz:

